

Standpunkt: Anti-Corona-Demos aus christlicher Perspektive

Wir erleben in dieser Zeit Belastungen und Einschränkungen unseres ganzen Lebens. Kaum ein Bereich ist nicht von den Folgen der Sars-Cov2-Pandemie beeinflusst. Vieles, was wir gewohnt sind, kann nicht mehr wie bisher stattfinden. Dabei sind die Menschen ganz unterschiedlich persönlich betroffen. Manche ganz unmittelbar, weil ihre Lebensgrundlage zerbricht. Andere fühlen sich in ihren Grundrechten eingeschränkt und protestieren dagegen. Wiederum andere finden diese Einschränkungen angemessen und berechtigt, weil sie verhindern helfen, dass dieses Virus Menschen krankmacht und in schweren Fällen das Leben bedroht oder es sogar nimmt. Tausende Menschen sind schon an oder mit dieser Erkrankung gestorben. Manche fühlen sich genervt, weil sich vieles nur noch um Corona dreht. Andere setzen ihre Gesundheit und ihr Leben ein, um für Menschen da zu sein und begeben sich täglich in die Gefahr, sich selbst anzustecken. Es gibt ältere Menschen, die Angst haben und sehr einsam sind. Patienten in Krankenhäusern oder in Einrichtungen, die nicht mehr für Besucher geöffnet sind, leiden darunter, dass sie ihre Lieben nicht mehr sehen können. Einige sehnen den Impfstoff so schnell wie möglich herbei und andere verteufeln diesen, weil sie Schäden und Nebenwirkungen durch die Impfung befürchten. Während eine steigende Zahl von Menschen von ihren schweren Erfahrungen und ernstesten gesundheitlichen Folgen einer Infektion mit dem Sars-Cov2-Virus berichten, tun es andere als vermeintlich harmlosen Schnupfen ab.

Es ist verständlich, dass es Menschen gibt, die mit dieser belastenden Situation überfordert sind, die dagegen aufbegehren und die sich für freiheitliche Grundrechte, wie sie in unserem Grundgesetz garantiert sind, einsetzen.

Es ist aber ebenso offensichtlich, dass diese in unserer heutigen Generation bisher nicht gekannte Pandemiesituation zahlreiche Mythen, Verschwörungserzählungen und unbewiesene Behauptungen produzieren. Menschen denken sich diese aus, verbreiten sie weiter, teilen sie in den sozialen Medien tausendfach. Oftmals werden dabei vermeintliche Fakten erfunden, verdreht oder übertrieben zugespitzt. Ihre Unwahrheit belegen die ebenfalls existierenden zahlreichen Faktenchecks.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist zu beobachten, dass sich eine größer werdende Zahl von Menschen in eine geschlossene Blase aus so genannten alternativen Fakten begibt. Sie schneiden sich selber ab von den herkömmlichen Medien und der Presse. Sie lesen keine Tageszeitung, keine politischen Magazine mit Hintergrundrecherchen, sie schauen keine Nachrichten. So etwas kannte man früher eher von religiösen Sekten oder radikalen politischen Gruppierungen, die ein dualistisches Bild von der Welt hatten. Wir hier drin haben die Wahrheit, die da draußen sind von dunklen Mächten verblendet. Inzwischen hat sich diese Sicht auf die Welt in zahlreichen Schichten der Gesellschaft ausgebreitet. Wie ein Virus.

Das Problem ist, diese Menschen sind kaum noch zu erreichen, denn sie sind sich selbst genug. Sie beziehen ihre Informationen nur noch aus ihren eigenen Kanälen, ihren Chatgruppen im Internet und Publikationen, die ihre bereits gefasste Meinung bestätigen. In diesem Weltbild kommt Kritik nicht mehr vor oder wird als unwahr, als Lüge abgetan. Man kann mit ihnen nicht mehr reden, weil sie in einem fortgeschrittenen Stadium von einem missionarischen Eifer gepackt sind, wie wir es vorher nur von Fundamentalisten gekannt haben.

Bestimmte politische Kräfte aus dem Bereich der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen befördern diese Entwicklung, in dem sie systematisch Medien und Journalistinnen und Journalisten verunglimpfen, der Lüge bezichtigen und somit einen Pfeiler der demokratischen Gesellschaftsordnung, die freie Presse, bekämpfen und beseitigen wollen. An ihre Stelle sollen

ideologisch gelenkte Medien treten, in der es keine unabhängige Berichterstattung mehr gibt. Die rechtspopulistischen und rechtsradikalen Kreise folgen dabei einem Plan, den sie Schritt für Schritt umsetzen. Dazu gehört auch, die unzufriedenen Menschen, die sich in Anti-Corona- Demonstrationen versammeln, zu vereinnahmen und für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Niemandem kann man vorwerfen, dass er oder sie ihre Meinung äußert und dies auch öffentlich tut. Das sind grundgesetzlich garantierte Rechte: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht. Allerdings hat die Meinungsfreiheit da ihre Grenze, wo andere Menschen herabgewürdigt, beleidigt und absichtlich belogen werden. Wir haben aus dem ersten Lock-Down der Corona Pandemie gelernt, dass dieses Grundrecht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch in einer Pandemie gewährt werden muss. Weil es ein Grundpfeiler unserer Demokratie ist. Während einige Gegner der Anti-Corona Maßnahmen behaupten, sie würden inzwischen in einer Diktatur leben, machen sie dabei von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch, dem Recht, zu demonstrieren. Würden sie in einer Diktatur leben, wäre dies nicht möglich. Das Grundrecht wird nur eingeschränkt, wo Gesetze gebrochen, staatliche Anordnungen und der Gesundheitsschutz missachtet werden.

Wir sehen mit großer Besorgnis, dass eine wachsende Zahl von Menschen diesem Trend folgen. Es gibt Bestrebungen, wo besorgte Bürgerinnen und Bürger von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen unterwandert und benutzt werden, die mit den Anti-Corona-Protesten ein neues Thema gefunden haben, mit dem sie Menschen für ihre radikalen politischen Auffassungen vereinnahmen wollen.

Daneben gibt es auch vereinzelte Stimmen aus dem christlichen Spektrum, die dieser Ideologie folgen und die Anti-Corona Proteste mit verbrämten pseudoreligiösen Anschauungen propagandistisch aufladen.

Wir beziehen als Gemeindegemeinderat der St. Gotthardt- und Christusgemeinde in Brandenburg an der Havel klar Stellung und wissen uns dabei mit vielen Christen und Nichtchristen verbunden: Rechtspopulisten und Rechtsradikale dürfen nicht weiter unsere Gesellschaft vergiften und Hass säen. Wir dürfen nicht zulassen, dass antidemokratische Kräfte unsere demokratischen Errungenschaften, Parlamente und gewählten Volksvertreter verächtlich machen und bedrohen. Wir müssen die freie und plurale demokratische Gesellschaft mit ihren verfassungsgemäßen Grundrechten bewahren. Wir fordern ein Ende der Verächtlichmachung von Vertreterinnen und Vertretern der freien Presse. Religiösen und politischen Hasspredigern aller Art ist entschieden entgegenzutreten. Wir stehen für die christliche Überzeugung ein, dass Freiheit mit Verantwortung verbunden ist. Wer auf andere keine Rücksicht nimmt, missbraucht seine Freiheit für seinen Egoismus. Corona kann jede und jeden treffen. Die Gefahr darf nicht verharmlost werden. Die Erfahrungswerte und Forschungsergebnisse einer breiten Mehrheit von anerkannten Medizinern und Wissenschaftlern dürfen nicht ignoriert werden. Nötige Schutzmaßnahmen müssen eingehalten werden, damit sich die Pandemie nicht weiterverbreitet und so wenige Opfer wie möglich fordert. Dabei müssen wir das rechte Maß finden und uns bei schmerzlichen Einschränkungen einander solidarisch helfen. Es ist an der Zeit, uns gegenseitig zuzuhören und im Gespräch zu bleiben, statt uns unversöhnlich zu Feinden zu erklären und zu verunglimpfen. Wir fordern alle auf, die sich aus Sorge und Kritik den Anti-Corona Demonstrationen anschließen, sich öffentlich und konsequent von den radikalen Feinden der Demokratie zu distanzieren. Wer mit ihnen gemeinsam marschiert, macht mit ihnen gemeinsame Sache.

Im Namen des Gemeindegemeinderates der St. Gotthardt- und Christusgemeinde Brandenburg an der Havel Pfarrer Philipp Mosch